Liga der freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg e.V.

Landesarmutskonferenz
Baden-Württemberg · LAK-BW

15. landesweite Liga-Aktionswoche

„Armut bedroht alle – Teilhaben/Teilsein Bildung, Arbeit, Wohnen sind Menschenrechte !

vom 15. - 21.10.2018

Auftakt - Pressekonferenz

15.10.2018, 11:00 - 12:00 Uhr
Bürger- und Medienzentrum des Landtags von BW,
Bertha-Benz-Saal, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart

Als Ansprechpartner stehen Ihnen zur Verfügung:

Reinhold Schimkowski
Vorstandsvorsitzender
der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. und Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Baden-Württemberg
Telefon: 0151 / 19534100
E-Mail: schimkowski@awo-bw.de

Roland Saurer
Sprecher der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK-BW),
Netzwerk der Basis- und Betroffeneninitiativen
Telefon: 07422 / 21575
E-Mail: saurerroland@gmail.com

York Töllner
Gründungsmitlied der lak-bw
Telefon: 0152 / 5819 1018
E-Mail: toellneryo@gmail.com

Martin Kunzmann
Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg
Telefon: 0711 / 2028 - 211
E-Mail: martin.kunzmann@dgb.de

Landesarmutskonferenz
Baden-Württemberg · LAK-BW

Einladung zur Landespressekonferenz zur 15. landesweiten Aktionswoche „Armut bedroht alle“ (15.-21. Oktober 2018) „Teilhaben // Teilsein – Bildung, Arbeit, Wohnen sind Menschenrechte“

Montag, 15.10.2018, 11.00 Uhr
Bürger- und Medienzentrum des Landtags von Baden-Württemberg,
Bertha-Benz-Saal, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart

PRESSEKONTAKT
Eva Weiser M.A.
Geschäftsführerin
Liga der freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg e.V.
Stauffenbergstr. 3
70173 Stuttgart
Tel. 0711 - 61 967 - 12
weiser@liga-bw.de
www.liga-bw.de
Stuttgart, 5.10.2018

Aus dem Grundgesetz, den Menschenrechten und der Europäischen Sozialcharta würden sich umfassende Garantien auf Teilhabe und Teilsein in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ergeben. Aus den Zahlen des Armutsberichts der Landesregierung von 2015 ist jedoch abzuleiten, dass Menschen mit wenig Geld, Menschen in prekären Verhältnissen oder am Rande der Gesellschaft in diesen Belangen benachteiligt oder gar nicht mehr beteiligt sind.
Die LAK-BW fordert deshalb, die Ansprüche auf Bildung, auf Arbeit und auf Wohnen als Grundrechte in unsere Landesverfassung aufzunehmen. Das Menschenrecht auf Teilhaben an und Teilsein unserer Gesellschaft für Alle ist konsequenter nächster Schritt. Auch Teilhaben oder Partizipation gehören in die Landesverfassung. Statt Ausgrenzung haben Kinder, Jugendliche, Männer und Frauen Bedürfnisse nach Beteiligung und Teilhabe. Die Veranstalter der Aktionswoche legen in diesem Jahr den Akzent auf die Menschenrechte. Das Recht auf Bildung, Arbeit und Wohnen muss verwirklicht werden.
Als Berichterstatter bei der Pressekonferenz stehen für Sie aus der Landesarmutskonferenz[1] bereit: Sprecher des Netzwerks 1 der Landesarmutskonferenz – vertritt die Basis und die Betroffenen: **Roland Saurer, Sprecher der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK-BW),** mit einem Bericht über bundes- und europaweite Netzwerke zur Armutsbekämpfung und dem Grund- und Menschenrecht auf Wohnen; **York Töllner,** Gründungsmitglied der LAK BW **zum Thema Armut und Bildung,** sowie ggf. weitere Betroffene aus der LAK
zwei Sprecher aus dem Netzwerk 2 aus den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und dem DGB:
Martin Kunzmann, Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg, zum Thema „Tarifverträge bekämpfen Armut und verbessern die Teilhabe“;
Reinhold Schimkowski, Vorstandsvorsitzender der Liga der freien Wohlfahrtspflege in BW e.V. und Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt LV BW zum Thema **Wohnen.**

Wir laden Sie herzlich ein zur Pressekonferenz und freuen uns über Ihr Interesse und Ihre Berichterstattung. In der Pressemappe erhalten Sie die Statements der Beteiligten und eine Übersicht über die regionalen Aktionen in der landesweiten Aktionswoche vom 15.-21.10.2018. Zwei weitere große Veranstaltungen finden in dieser Woche statt.
Informationen im Internet zur Aktionswoche unter
https://www.liga-bw.de/
und unter http://www.landesarmutskonferenz-bw.de/

[1] Die **Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg** ist ein Bündnis aus den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, des DGB Landesbezirks und der Basis- und Betroffeneninitiativen. Die Aktionswoche wird unterstützt durch das Ministerium für Soziales und Integration aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg.

Landesarmutskonferenz
Baden-Württemberg · LAK-BW

Presserklärung der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg LAK-BW
15. Aktionswoche Baden-Württemberg: Armut bedroht Alle! -
15.10. - 21.10.2018
Teilhaben//Teilsein - Bildung, Arbeit, Wohnen sind Menschenrechte.

Seit 2012 haben sich Basisinitiativen, DGB-Gewerkschaft und Sozialverbände in Baden-Württemberg zur Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK-BW) zusammengeschlossen, um gemeinsam die landesweiten Armutsthemen in die Landepolitik einzubringen. Das Besondere an der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg ist, dass hier von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen mit den Verbänden partizipativ an einem Tisch sitzen.
Zu den Projekten der LAK-BW gehört die im Jahr 2003 gestartete, jährlich stattfindende landesweite Aktionswoche: Armut bedroht Alle!. Zu diesem Grundmotto gehört jedes Jahr ein besonderer Schwerpunkt, der 2018 auf „Teilhaben/ Teilsein" liegt.
Damit ist sicherlich mehr gemeint, als dass jeder Bürger in Baden-Württemberg wenigstens eine Scheibe Brot auf seinem Teller hat. Dazu gehören unbedingt die Teilhabe an Bildung, eine gute Arbeit, ein Dach über dem Kopf. Unsere Grundforderungen sind als Symbole auf der Werbekarte zur Aktionswoche (Brot für Leben, Werkzeug für Arbeit, Schreibstifte und Lineal für Bildung) dargestellt.
Aus den Zahlen des Armutsberichts der Landesregierung von 2015 ist abzuleiten, dass Menschen mit wenig Geld, Menschen in prekären Verhältnissen oder gar ganz am Rande der Gesellschaft, in diesen Belangen benachteiligt oder gar nicht mehr beteiligt sind.
Die LAK-BW fordert deshalb, die Ansprüche auf Bildung, auf Arbeit und auf Wohnen als Grundrechte in unsere Landesverfassung aufzunehmen. Das Menschenrecht auf Teilhaben an und Teilsein unserer Gesellschaft für alle ist konsequenter nächster Schritt. Auch Teilhaben oder Partizipation gehören in die Landesverfassung.
Partiell wurden seit 2003 Fortschritte erzielt: Kinder- und Familienarmut sind noch lange nicht überwunden, aber einzelne Maßnahmen wie die Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss zeigen in die richtige Richtung.
Die LAB-BW hat ein breites Netzwerk zur Weiterentwicklung der „Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen" auf den Weg gebracht. Dieses wird am 17. Oktober einen ersten öffentlichen Aufschlag machen und auf dem Fachtag in der Dualen Hochschule das „Stuttgarter Manifest zur Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen" veröffentlichen.
Doch „Teilhaben // Teilsein" ist weit mehr: Ganzheitliche Beteiligung – garantierte Menschenrechte und Menschenwürde. Dafür ist eine politische Agenda in Baden-Württemberg zu entwickeln. Diese Forderungen wollen wir am 19.10.2018 in der Diskussion unter dem Titel „Teilhabe in Baden-Württemberg? – Wo stehen wir und wo wollen wir hin?" mit Landespolitikern aufgreifen.

Mit diesen Aktionen wollen wir Impulse geben und unseren Beitrag zur nachhaltigen Überwindung von Armut und Ausgrenzung in Baden-Württemberg leisten.
Rottweil/Karlsruhe/Stuttgart, 15.10.2018
Die Sprecher der Landesarmutskonferenz
Für die Basisinitiativen: Roland Saurer, Netzwerk 1
Für die Verbände: Dr. Ulrike Hahn, Netzwerk 2

Informationen im Internet zur Aktionswoche unter
https://www.liga-bw.de/ und unter http://www.landesarmutskonferenz-bw.de/

Landesarmutskonferenz
Baden-Württemberg · LAK-BW

Die lak-bw hat zur diesjährigen Aktionswoche 2018 "Teilhaben//Teilsein - Bildung, Arbeit, Wohnen sind Menschenrechte!" eine Reihe von 14 Vorschlägen und Forderungen:

- fortschreibung des bawü-reichtum- und armutsberichts von 2015
- projekte des empowerments und der befähigung von betroffenen menschen in armutslagen, um sich in gesellschaftliche organisationen und diskurse einmischen zu können,
- wissenschaftliche untersuchungen der lebenslage von menschen in extremer armut und exklusion,
- planungen für ein treffen von menschen mit armutserfahrungen in baden-württemberg im jahr 2019 analog den treffen in berlin und brüssel
- schaffung eines parlamentes der ausgegrenzten, der prekären, der gesellschaftlichen verlierer, der menschen in armutslagen unter dem Dach der lak-bw (vgl. siehe Östereich!)
- Menschenrechte auf Teilhabe, Bildung, Arbeit und Wohnen in die Landesverfassung Baden-Württemberg
- Erwerbslosentreffs in allen Stadt- und Landkreisen baden-württembergs , 42 statt 10.
- Keine Massnahmen der Arbeitsförderung nach SGB II und III ohne Mindestlohn
- Ombudsstelle für armutsfragen auf landesebene
- Finanzausstattung von Basisorganisationen der Prekären und Armen zur Schaffung einer hauptberuflichen Organisationsstruktur.
- Pilotprojekt bedingungsloses grundeinkommen für langzeiterwerbslose, vergleich-bar Projekten in Finnland etc.
- Mindestrente, die einem sozialkulturellen Niveau entspricht. EU-Grenze von 60 % zzgl. 30%; d.h. Abschaffung der Armutsrenten in Baden-Württemberg,
- Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr für Menschen in prekären Lebenslagen
- Mietenstopp in baden-Württemberg und Verbot der bodenspekulation in den Stadt- und Landkreisen Baden-württembergs.

Für die landesarmutskonferenz lak-bw
Roland Saurer
sprecher lak-bw

Für den Bereich Bildung ergänzt York Toellner aus dem Netzwerk 1:

"Ein Blick auf die Hochschulen und Universitäten im Land macht den Ausschluss der von Armut betroffenen Menschen leider klar deutlich.
Bildung muss man sich leisten können, wer arm ist kann sich diesen Luxus leider nicht leisten."
In seinem Statement geht Herr Toellner auch auf andere Bildungsangebote ein, die die Armutsbevölkerung ausschließt oder sie vergisst.

Pressemitteilung

Baden-Württemberg

PM 55
15.10.2018

Landespressekonferenz zur landesweiten Aktionswoche „Armut bedroht Alle" vom 15. bis 21. Oktober 2018

Statement Martin Kunzmann, DGB-Landesvorsitzender: Tarifverträge sichern den Beschäftigten dauerhauft höhere Einkommen

Der Arbeitsmarkt boomt, doch eine steigende Zahl von Menschen ist trotz Arbeit arm. In Baden-Württemberg galten im vergangenen Jahr 8,4 Prozent der abhängig Beschäftigten – das sind 383.606 Frauen und Männer – als arm. Das heißt, ihr Haushaltseinkommen beträgt weniger als 60 Prozent des gewichteten durchschnittlichen Entgeltes. Es ist besorgniserregend, dass ihr Anteil an allen Beschäftigten trotz der guten Konjunktur zunimmt. 2005 lag er noch bei 7,0 Prozent. Dies zeigt, dass Baden-Württemberg noch ein ganzes Stück vom Musterland für gute Arbeit entfernt ist.

Die Schattenseite des sogenannten Jobwunders ist mehr unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigung: mehr Leiharbeit, mehr sachgrundlose Befristungen, mehr Soloselbstständigkeit, mehr unfreiwillige Teilzeit. Auch die geringfügige Beschäftigung, also die 450-Euro-Jobs, machen immer noch einen erheblichen Anteil am Arbeitsmarkt aus. Im Land hat fast eine dreiviertel Million Menschen ausschließlich einen Minijob. Minijobberinnen arbeiten für ein besseres Taschengeld, häufig unter ihrer Qualifikation und de facto ohne soziale Absicherung bei Krankheit.

Ein wesentlicher Grund, weshalb sich unregulierte und schlecht bezahlte Arbeitsformen ausbreiten, ist die sinkende Verbreitung von Tarifverträgen. In Baden-Württemberg arbeitet nur noch jeder zweite Beschäftigte in einem Betrieb, in dem ein Flächentarifvertrag gilt. Immer mehr Arbeitgeber verabschieden sich aus der Tarifbindung. Wer in einem tarifgebundenen Betrieb arbeitet, verdient im Schnitt

Herausgeber:	Anschrift:	Verantwortlich:	Pressestelle:	
DGB-Bezirk Baden-Württemberg	Willi-Bleicher-Str. 20 70174 Stuttgart	Martin Kunzmann, Vorsitzender	Andrea Gregor, Pressesprecherin	Tel: 0711-2028-213/-215 Fax: 0711-2028-250 E-Mail: info-bw@dgb.de E-Mail: andrea.gregor@dgb.de Internet: www.bw.dgb.de

ein Fünftel mehr als sein Kollege/seine Kollegin, die auf die Vorteile einer Tarifbindung verzichten müssen. Das heißt, die Menschen werden nicht ausreichend an den Unternehmensgewinnen beteiligt, sie haben weniger Geld zur Verfügung, um sich und ihre Familie zu unterhalten und um angemessene Rentenansprüche zu erwerben.

Tarifflucht bedeutet aber auch, dass den Sozialkassen und dem Fiskus dauerhaft Milliardenbeträge entgehen – Geld, das zur Stabilisierung des Rentensystems, zur Gesundheitsversorgung und für öffentliche Investitionen dringend gebraucht wird.

Der DGB fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Sozialpartnern ein Bündnis für Tariftreue ins Leben zu rufen. Die Arbeitgeber müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Das Landestarif- und Mindestlohngesetz muss so ausgestaltet werden, dass nur tariftreue Unternehmen Aufträge der öffentlichen Hand erhalten. Es kann nicht sein, dass der Staat als großer Spieler am Markt mit seiner Vergabepraxis Niedriglöhne und Lohndumping befördert.

Neben höherer und angemessener Einkommen ist ein gerechtes Steuersystem eine wichtige Stellschraube zur Vermeidung von Armut. Deshalb hat der DGB mit einem detaillierten Steuerkonzept Vorschläge zur Entlastung der unteren Einkommen und zur stärkeren Belastung der höheren Einkommen gemacht. Die Steuerkurve bei Geringverdienern verläuft viel zu steil. Der Freibetrag gehört von aktuell 8652 Euro auf 11.000 Euro Jahreseinkommen erhöht. Die Grenzsteuersätze müssen so gestaltet werden, dass Beschäftigte mit einem niedrigen Einkommen nicht sofort in eine steile Progression hineinkommen. Vermögende müssen so besteuert werden, dass sie einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung unserer Gesellschaft leisten. Da ist noch viel Luft nach oben.

Das DGB-Steuerkonzept:
http://www.dgb.de/-/niB

Auftaktpressekonferenz Aktionswoche „Armut bedroht alle – Teilhaben // Teilsein"- Reinhold Schimkowski, Vorsitzender der Liga der freien Wohlfahrtspflege

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

die diesjährige Aktionswoche hat neben den Themenbereichen Bildung und Arbeit die gegenwärtig zentralste Frage der sozialen Gerechtigkeit zum Thema: bezahlbares Wohnen. Wohnraum ist immer auch als Sozialgut zu verstehen. Als Schutz- und Gestaltungsraum, als Rückzugsort und Ausgangspunkt für soziale Teilhabe: kurz eine Wohnung bietet Freiheit, Sicherheit und Teilhabe – sie schafft Heimat.

Wohnen ist nicht nur ein menschliches Grundbedürfnis, sondern betrifft unmittelbar die Menschenwürde und gehört zum als notwendig anerkannten Existenzminimum. Die Erhaltung von Wohnraum und die Verhinderung von Wohnungslosigkeit muss daher oberste Priorität haben. Daher fordern wir die Landesregierung auf, das Rechts auf Wohnen in der Landesverfassung zu verankern.

Die angespannte Situation am Wohnungsmarkt an vielen Orten Baden-Württembergs ist lange bekannt. Auch ist seit geraumer Zeit die Wohnraumentwicklung prekär. In Wachstumsregionen, Universitätsstädten und Ballungsräumen mangelt es an bezahlbarem und angemessenem Wohnraum. So fehlen nach aktuellen Schätzungen in Deutschland rund 1 Million Wohnungen, in Baden-Württemberg wird derzeit von 80.000 – 150.000 fehlenden Wohnungen ausgegangen.

Doch diese Entwicklung kommt nicht überraschend: die Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestands, der Rückgang des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und die Abschaffung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau haben ihren Ursprung in der Politik der letzten 20 Jahre. Auch die gestiegene Anzahl an geflüchteten Menschen in Baden-Württemberg ist keineswegs Ursache der Wohnungsnot, sondern hat die Thematik erst wieder in die öffentliche und politische Aufmerksamkeit gerückt.

Der deutliche Mangel an bezahlbaren Wohnungen verweist darauf, dass die Balance zwischen Markterfordernissen und Sozialverträglichkeit verloren ging. Es ist daher im Sinne einer sozial verantwortlichen Wohnungspolitik notwendig, die Bedeutung der Wohnraumversorgung neu zu gewichten und im Sinne einer sozialen Daseinsfürsorge zu gestalten. Hier setzt die Arbeit der Wohnraum-Allianz Baden-Württemberg an. In diesem breiten Bündnis werden alle relevanten Akteure der Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik zusammengeführt, um gemeinsam nach Lösungen für die Fragen um die Schaffung und den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in Baden-Württemberg zu suchen. Mit dem sozialen Wohnungsbau sind nicht nur Themen der Bauwirtschaft, sondern eben auch soziale Belange und Fragestellungen des gesellschaftlichen Miteinanders berührt, für die die Liga der freien Wohlfahrtspflege Ansprechpartner auf Landesebene ist. Sie begrüßt daher ausdrücklich die durch die Wirtschaftsministerin ins Leben gerufene Wohnraum-Allianz.

Das vom Land aufgelegte Wohnraumförderprogramm für 2018 und 2019 nimmt begrüßenswerter Weise insbesondere den sozialen Mietwohnungsraum in den Blick. Die Fördersumme in Baden-Württemberg für die Schaffung von Wohnraum wurde auf 250 Mio Euro angehoben. Davon sollen ca. 180 Mio Euro für den sozialen Mietwohnraum investiert werden. Das ist ein sehr guter erster Schritt, der den angespannten Wohnungsmärkten in Baden-Württemberg Rechnung trägt.

Jedoch steht der tatsächliche, wie der prognostizierte Bedarf an bezahlbarem Wohnraum nach wie vor in keinem Verhältnis zu den zu Verfügung stehenden Mitteln. Eine vom Land in Auftrag gegeben Studie (Prognos 2017) stellt u.a. einen jährlichen Bedarf von neu zu schaffendem sozialem Wohnraum von 6.000 Einheiten pro Jahr dar bis 2030 dar. Zum einen fallen jährlich 1.500 Wohneinheiten aus der Mietbindung und werden dem sozialen Wohnungsmarkt entzogen. Gleichzeitig steigt der Bedarf an sozialem Mietwohnraum für Menschen für Menschen mit niedrigen Einkommen, im Sozialleistungsbezug oder in Wohnungsnot weiter an.

Das bedeutet konkret:

1. es müssen mindestens 1.500 Wohnungen p.a. geschaffen werden, um den Status Quo zu erhalten;
2. mit den vorgesehenen 180 Mio. Euro für die Mietwohnraumförderung beabsichtigt das Land, den Neubau von ca. 2.000 Wohneinheiten in der allgemeinen sozialen Mietwohnraumförderung zu fördern;
3. um die zu bis 2030 notwendigen 6.000 Sozialwohnungen pro Jahr zur Verfügung stellen zu können, müssen die Fördermittel des Landes fast verdoppelt werden und in Zukunft die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass auch die Freie Wohlfahrtspflege für die Menschen in Wohnungsnot Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.

Auf die steigenden Mieten in Baden-Württemberg wurde folgerichtig mit einer Anhebung der Einkommensgrenzen zum Erhalt von Wohnberechtigungsscheinen reagiert. Wir teilen das Anliegen des Landes, auch kleine und mittlere Einkommen angesichts der angespannten Wohnungsmärkte zu unterstützen. Jedoch sehen wir mit Sorge, dass damit nun mittlere Einkommen und von Armut bedrohte oder betroffene Menschen in Konkurrenz, um den verfügbaren sozialen Wohnraum stehen. Es steht zu befürchten, dass die Erhöhung der Einkommensgrenzen auf rund 50.000 Euro im Jahr somit zwar niedrigeren Einkommen gerecht wird, jedoch eine weitere Hürde für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten darstellt. Wenn der Krankenpfleger und die Polizeibeamtin mit Alleinerziehenden und Menschen in Wohnungsnot um bezahlbaren Wohnraum kongruieren, macht dies deutlich: Wohnungspolitik muss auch Ordnungspolitik sein - im sozialen Wohnungsbau hat der Markt versagt! Wir sehen in der gemeinsamen Arbeit aller relevanten Akteure der Wohnungswirtschaft und Politik den richtigen Weg diesen Problemen zu begegnen und unterstützen die Arbeit der Wohnraumallianz Baden-Württemberg ausdrücklich.

Eine grundsätzliche Hürde in der Schaffung von Wohnraum, ist die Verfügbarkeit und Vergabe des Baulandes. Hier liegt ein wesentlicher Schlüssel zur zukünftigen Bedarfsdeckung mit bezahlbarem Wohnraum. Wir meinen, es müssen besonders die Kommunen entlastet werden, denn:

- Sozialer Wohnungsbau muss wirtschaftlich konkurrenzfähig werden. Kommunen und Städteplanung muss jenseits von wirtschaftlichen Zwängen einen verantwortungsvollen

Umgang mit verfügbaren Flächen ermöglicht werden (z.B. Konzeptvergabe). Die Schaffung eines Bodenfonds sehen wir dabei als einen guten ersten Schritt.

- Sozialer Wohnungsbau braucht innovative Ideen! Jede innovative Entwicklung braucht finanzielle Spielräume und Freiheit. Gute Beispiele aus Europa und Deutschland sind bekannt – es braucht den Mut und die finanzielle Unterstützung auch in Baden-Württemberg Neues zu wagen. Das muss verstärkt Gegenstand einer nachhaltigen Wohnbauförderung sein.

Um dieser Herausforderung und den skizzierten Lösungsansätzen gerecht zu werden, ist ein grundlegendes Umdenken notwendig. Wohnen ist ein Menschenrecht und fester Bestandteil sozialen Daseinsfürsorge:

1. verantwortliche Wohnungspolitik schafft Raum für alle Menschen

Die Wohnung und der Raum um die Wohnung herum ist der Ort, an dem Menschen beheimatet sind. Lebendige und bunte Quartiere sind kein Luxus, sondern gesellschaftspolitische Notwendigkeit um sozialen Zusammenhalt zu sichern.

2. Wohnungspolitik ist Sozialpolitik

Daraus folgt, dass jeder Mensch ein Dach über dem Kopf, eine Wohnung, unbedingt braucht. Wohnungspolitik ist immer ein Beitrag zu Teilhabegerechtigkeit und Sozialpolitik. Deshalb ist das „Recht auf Wohnen" in der Landesverfassung zu verankern.

3. Wohnungspolitik muss regulieren

Genauso wenig wie der Mindestlohn kann der Preis für eine Wohnung für Menschen mit geringerem Einkommen dem „freien Markt" überlassen werden. Deshalb muss die Wohnungspolitik sicherstellen, dass bezahlbarer für die betroffenen Menschen in ausreichender Menge und menschenwürdiger Qualität zur Verfügung steht.

Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg · LAK-BW

Stuttgarter Manifest zur politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen

Entwurf: Anja Dargatz, Günther Rieger, Knut Becker, Roland Saurer, Stand 15.8.2018

Menschen in prekären und armutsgefährdenden Lebenslagen nehmen eklatant weniger am öffentlichen Leben teil. Ihre Mitgliedschaften in zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen und Institutionen liegen deutlich unter der Hälfte der normal-verdienenden Bevölkerung. Dies konstatiert der Erste Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg von 2015. Gleichzeitig zeigt dieser Bericht aber auch, dass Menschen am gesellschaftlichen Rand nicht unbedingt weniger politisch interessiert sind: Unter der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung interessierten sich 7,8 % sehr stark und 32,5 % stark für Politik. Bei den Armutsgefährdeten liegen diese Zahlen bei 6 % bzw. 27,5 %. Es geht nicht um gesellschaftspolitisches Desinteresse, sondern um Frustration und Desillusionierung gegenüber dem politischen System. Politische Bildung hat die Pflicht, das demokratische Lernen der Menschen zu begleiten und so die Voraussetzung für die Leitidee des Menschenrechts der gleichberechtigten gesellschaftlichen und politischen Teilhabe zu schaffen – *aller* Menschen. De facto erreicht Politische Bildung Menschen in prekären Lebenslagen kaum, was man an der Struktur der TeilnehmerInnen sehen kann, wer welche Publikationen abholt und nutzt, welche Qualifikationen das Personal mitbringt. Einrichtungen der Sozialen Arbeit und Hilfseinrichtungen hingegen erreichen marginalisierte Menschen, verrichten ihr Arbeit aber weitestgehend unpolitisch. Hier stehen Versorgung und Integration in die Gesellschaft im Mittelpunkt, weniger die politische Emanzipation der Betroffenen. Sowohl von der politischen Erwachsenenbildung als auch von der Sozialen Arbeit wird diese Problematik zu wenig adressiert. Es fehlt an geeigneter Infrastruktur und an erprobten Konzepten. Dies muss sich ändern.

Ziel muss es sein, mehr Menschen in prekären Lebenslagen mehr politische Teilhabe zu ermöglichen, damit diese eigenständige Politik und Gesellschaft gestalten können und selbst eine Stimme haben.

Um dies zu erreichen,

muss die politische Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen als gemeinsamer Gestaltungsauftrag von Gesellschaft und Politik begriffen werden;

muss die politische Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen in der Öffentlichkeit und in den Medien präsent sein;

müssen die politischen Akteure Verantwortung übernehmen und Konzepte und Ideen, die dem Ziel dienlich sind, fördern und politisch unterstützen;

müssen sich Förderung und Unterstützung zuerst an bereits bestehende Strukturen richten, statt Sonderprogramme aufzulegen, die zeitlich und strukturell wenig nachhaltig sind;

müssen sich öffentliche Institutionen für eine Beteiligung und Mitsprache von Betroffenen öffnen und neue Politikansätze wagen (z.B. durch Beiräte oder ähnlich dem Modell der Landesarmutskonferenz mit zwei Netzwerken);

müssen Arbeitslose berechtigt sein, Bildungszeit zu beantragen;

braucht es eine interdisziplinäre wissenschaftliche Begleitung, um den Erfolg von Maßnahmen messen und aus Fehlern lernen zu können.

Um sich diesen Herausforderungen zu stellen und adäquate Antworten zu geben, wollen wir ein stabiles arbeitsfähiges Netzwerk aus Organisationen der Betroffenen, der politischen Bildung, der Sozialen Arbeit sowie der Zivilgesellschaft und Politik schaffen, das

dafür sorgt, dass politische Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen bei den politisch Verantwortlichen präsent ist und in der Öffentlichkeit als gemeinsames Anliegen wahrgenommen wird;

die Zusammenarbeit zwischen Politischer Bildung, sozialer Arbeit und Betroffenen fördert;

Räume der Kommunikation und Teilnahme gestaltet;

vorhandenes Wissen zum Thema Teilhabe von Benachteiligten sammelt und verbreitet;

neue Zugänge zu den Betroffenen ermöglicht, Konzepte, Formate und pädagogische Modelle entwickelt, erprobt und als Best Practices verbreitet.

Grundsätzlich gelten für alle gesellschaftlichen Gruppen, die gleichen Grundprinzipien der Politischen Bildung. Doch für Menschen in prekären Lebenslagen gilt das Prinzip des „adressaten-gerechten Formats" in besonderem Maße. Die Ansätze müssen „aufsuchend" sein und die Menschen in ihrem Lebensalltag abholen: sei es bei der Wahl der Themen, der Methoden, des Ortes oder der Befähigung des durchführenden Personals. Sprachliche Barrieren müssen bedacht werden genauso wie finanzielle. Entsprechend muss bei der Konzeption ein radikaler Perspektivwechsel vorgenommen werden.

Für die Politische Bildung bedeutet dies eine inhaltliche wie konzeptionelle Neuorientierung: einen radikalen Perspektivenwechsel.

Unterschrift:

Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg

Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg, lak-bw
Landesnetzwerk „Politische Bildung von und mit Menschen in prekären Lebenslagen"

Idee: Illustration durch eine Karikatur von Roland Saurer

Landesarmutskonferenz
Baden-Württemberg · LAK-BW

AKTIONSWOCHE 2018: "TEILHABEN // TEILSEIN"
Bildung, Arbeit, Wohnen sind Menschenrechte

Aktionskalender http://www.armut-bedroht-alle.de/kalender

Montag 15.10

Von Kindern – Für Kinder! Spielzeugsammelaktion in Baden-Baden
AWO Baden-Baden gGmbH
-bis 19. Oktober-
Kinderhaus Eulenspiegel / Le Petit Prince

Schulprojekt: Lebenswirklichkeit von Menschen in Armut
Diakonisches Werk des evangelischen Kirchenbezirkes Baden-Baden und Rastatt Caritasverband Baden-Baden e.V., Fachbereich Offene Dienste
Mit SchülerInnen ab der 10. Klasse des Markgraf- Ludwig-Gymnasiums Baden-Baden und der Louis-Lepoix-Schule

11:00 Uhr Landespressekonferenz im Bürgerzentrum des Landtags von Baden-Württemberg – Auftakt der Aktionswoche
Vertreter der LAK, des DGB und Betroffene werden die Inputs geben

12:15 Uhr Mittagsgebet in der evangelischen Stadtkirche in Offenburg

20:00 Uhr Auftaktveranstaltung Sozialdienst Katholischer Frauen Baden-Baden e.V.
Kostenfreier Kinoabend, Beginn 20 Uhr

Dienstag 16.10

11:00 Uhr – 17:00 Uhr Infostand Deutsches Rotes Kreuz in Hockenheim mit kleiner Ausstellung zum Thema "Armut hat viele Gesichter"
Mit Bürgermeister Thomas Jakob-Lichtenberg von Hockenheim

16:00 Uhr – 18:00 Uhr Armutskonferenz: Teilhabe = Teilsein – Teilhabe ist ein Menschenrecht in Waiblingen
Moderation: Hendrik Rook, Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz

17:00 Uhr – 20:00 Uhr Vortrag „Armut in einem reichen Landkreis“ von Dr. Ulrich Schneider in Esslingen a.N., HGF des Paritätischen Wohlfahrtsverbands GV, Berlin

Mittwoch 17.10

9:00 Uhr – 13:00 Uhr Wohlfühltag für Frauen in Baden-Baden
Sozialdienst Katholischer Frauen e.V.
Angeboten werden Übungen zur Entspannung, Massagen, Kosmetik- und Farbberatung.

10:00 Uhr – 17:00 Uhr Fachtag "Demokratie geht nur mit allen! – Teilhabe durch politische Bildung" in Stuttgart
Mit Sozialminister Manfred Lucha MdL

11:00 Uhr – 17:00 Uhr Infostand Deutsches Rotes Kreuz in Hirschberg mit kleiner Ausstellung zum Thema "Armut hat viele Gesichter" und zur Aktionswoche und den DRK-Angebote für finanziell schwächer gestellte Menschen mit Bürgermeister Manuel Just

12:15 Uhr Mittagsgebet in der Heilig-Kreuz-Kirche Offenburg

18:00 Uhr – 20:30 Uhr Stadtführung durch das „soziale" Offenburg
Spaziergang mit Besichtigung von vier Einrichtungen
Caritasverband Offenburg-Kehl e.V., das Kleiderlädele des Sozialdiensts katholischer Frauen e.V. (SkF), die Aidshilfe und die Geschäfts-/Beratungsstelle des Vereins Frauen helfen Frauen Ortenau e.V.

19:00 Uhr Freiburger FABRIKgespräch: „Altersarmut verhindern"
Referent: Christoph Ehlscheid; Vorstand der IG Metall
Informations- und Diskussionsreihe der Freiburger Initiative gegen Arbeitslosigkeit friga e.V. in Zusammenarbeit mit der FABRIK für Handwerk, Kultur und Ökologie, dem DGB Kreisverband Freiburg und dem ver.di Bezirk Südbaden.
19:00 Uhr Leiharbeit - Segen oder Sackgasse
„Armut bedroht alle": Das sozialpolitische Gespräch im Rahmen der landesweiten Aktionswoche in Mannheim
Moderation: Thomas Löffler, KDA Mannheim

Donnerstag 18.10

18:30 Uhr Arm trotz Arbeit? Arbeit als Menschenrecht! in Ulm
Referent: Jendrik Scholz, Abteilungsleiter beim DGB Baden Württemberg
Statements: Jürgen Rittmann, BR-Vorsitzender Deutsche Post NL Brief Ravensburg, Irene Stürze, Geschäftsführerin des Jobcenters Alb-Donau, Christiane Wonschik, Jur. Referentin bei Südwestmetall Ulm, anschließend Diskussion
Moderation: Michael Brugger, Katholische Betriebsseelsorge

19:30 Uhr Theaterstück „Arm & Reich" in Ludwigsburg
Das Theaterstück „Arm & Reich" beschäftigt sich mit der Frage, was Reichtum und Armut eigentlich bedeutet. Eintritt frei

Freitag 19.10	**10:30 Uhr** Diskussionsveranstaltung „Teilhabe in Baden-Württemberg? – Wo stehen wir und wo wollen wir hin?“ in Stuttgart Moderator der Diskussion ist Herr Dr. Knut Krohn, Politischer Redakteur der Stuttgarter Zeitung mit 3 Vertretern der Fraktionen des Landtages: Grüne (Herrn Poreski), CDU (Frau Martin) und SPD (Herrn Hinderer), dem DGB-Vorsitzenden Herrn Kunzmann, Dezernent Franz Schmeller vom KVJS, Herrn Hannes Wezel vom Staatsministerium Stuttgart, dem Sprecher der Gemeinsamen Landesarmutskonferenz LAK-BW, einem Vertreter der Liga der Wohlfahrtsverbände und den Gästen an diesem Morgen. Alle sind herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf diese Diskussion. Es wird spannend. Einfach kommen. Anmeldung ist nicht erforderlich. **11:00 Uhr – 17:00 Uhr** Infostand Deutsches Rotes Kreuz in Mannheim mit kleiner Ausstellung zum Thema "Armut hat viele Gesichter" und zur Aktionswoche und den DRK-Angebote für finanziell schwächer gestellte Menschen. **20 Uhr** ART BANKETT Slam Show „arMUT“ in Baden-Baden Caritasverband Baden-Baden e.V., Fachbereich Wohnungslosenhilfe
Samstag 20.10	**09:30 Uhr – 15:00 Uhr** Ausflug ins Okidoki-Kinderland AWO Baden-Baden gGmbH **12:00 Uhr** Mittagessen in Offenburg mit Kaffee und Kuchen Veranstalter: Katholische Seelsorgeeinheit Offenburg St. Ursula

Das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung machte eine ganze Woche Aktionen:

https://www.das-heidelberger-buendnis.de/termin-vorschau?pno=3

Stand 11.10.2018

Termin Mittwoch, 17. Oktober 2018

Ort Duale Hochschule Stuttgart,
70197 Stuttgart, Rotebühlstrasse 131,
8. Stock (Hasenbergsaal)

Kosten Keine Teilnehmergebühr. Die Landeszentrale übernimmt die Kosten für Verpflegung und Getränke. Wir erstatten Fahrtkosten (bei Bedarf).

Anmeldung Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Bitte melden Sie sich schriftlich oder per Email (Barbara.Bollinger@lpb.bwl.de) **bis zum 27. September 2018** bei der Landeszentrale für Politische Bildung an.

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg
Abteilung Medien und Methoden
Lautenschlagerstr.20
70173 Stuttgart
Tel. 0711.16 40 99 41
Fax 0711.16 40 99 77
Barbara.Bollinger@lpb.bwl.de

Veranstaltungs-Nr. 41/42/18

ANFAHRT

Duale Hochschule Stuttgart

70197 Stuttgart,
Rotebühlstrasse 131,
8. Stock (Hasenbergsaal)

Sie erreichen die Duale Hochschule in der Rotebühlstr. 131 am besten über die **S-Bahn-Haltestelle Schwabstraße**, die von allen S-Bahn-Linien vom Hauptbahnhof her angefahren wird.

Fachtag

Demokratie geht nur mit allen! – Teilhabe durch politische Bildung

Mittwoch, 17. Oktober 2018
09.30 Uhr - 16.30 Uhr

Duale Hochschule
Stuttgart

Landesarmutskonferenz
Baden-Württemberg · LAK-BW

lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Demokratie geht nur mit allen!

„Politik? Das ist nichts für mich, das geht nur Krawattenträger was an! Die machen eh, was sie wollen. Und bewegen kann ich sowieso nichts."

Sätze wie diese hört man häufig von Menschen in benachteiligten oder prekären Lebenslagen. Sie erwarten nicht (mehr), dass ihr Leben Einfluss auf die Politik nehmen könnte – und entsprechend beteiligen sie sich auch nicht.

Fest steht: Diese Bürgerinnen und Bürger nehmen deutlich seltener an Veranstaltungen teil, sind weniger in Organisationen und Vereinen aktiv, beteiligen sich deutlich weniger an politischen Wahlen. Sie werden durch die Politische Bildung nicht erreicht.

Mit einem Fachtag wollen wir die Gründe dafür beleuchten. Mit Beiträgen aus der Perspektive der Betroffenen, der Sozialwissenschaft, der Erwachsenenbildung, der Sozialen Arbeit und mit einem Grußwort von Sozialminister Manfred Lucha MdL.

Sie und Ihre Expertise ist gefragt: In mehreren Workshops werden wir der Frage nachgehen, wie "Politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen" aussehen könnte:

Was muss sich in den Institutionen der Bildung, der Erwachsenenarbeit, der Sozialen Arbeit, an den Hochschulen verändern, um vom sozialen Ausschluss bedrohte Menschen zu erreichen und zu beteiligen?

Am Ende dieses Ratschlages in den Workshops wollen wir eine öffentliche Erklärung, das „Stuttgarter Manifest zur politischen Bildung von und mit Menschen in prekären Lebenslagen" verabschieden.

Mittwoch, 17.10.2018

09.30 Uhr Ankommen, Kaffee und Brezeln

Moderation

Michael Karmann, Caritasverband Erzdiözese Freiburg

10.00 Uhr Begrüßung

Roland Saurer (Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg)

Karl-Ulrich Templ (Landeszentrale für politische Bildung)

Eröffnungsbeiträge

10.20 Uhr Soziale Arbeit

Annett Heiß-Ritter (Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.),

Holger Hoffmann (Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.)

10.40 Uhr Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Günter Rieger (Duale Hochschule Stuttgart)

Prof. Günther Rausch (Evangelische Hochschule Freiburg)

11.00 Uhr Grußwort

Manfred Lucha, Minister für Soziales und Integration Baden-Württemberg

11.20 Uhr Politische Bildung/Erwachsenenbildung:

Anja Dargatz (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Wolfgang Klenk (Allianz für Beteiligung)

11.40 Uhr Basis

York Töllner (Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg)

12.00 Uhr Fragen

12.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr Vorstellung der „Stuttgarter Erklärung"

Anja Dargatz

13.45 Uhr Einführung in die Workshops

14.00 Uhr Workshops

15.30 Uhr Berichte aus den Workshops

16.00 Uhr Ausblick und Verabschiedung

Veranstalter ist das Landesnetzwerk „Politische Bildung von und mit Menschen in prekären Lebenslagen", das seit Anfang 2017 besteht.

Es wird getragen von der Landesarmutskonferenz Baden - Württemberg, der Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Organisationen der Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg.

Der Fachtag wird durch das Ministerium für Soziales und Integration Baden Württemberg gefördert.

15. bis 21. Oktober 2018
ARMUT BEDROHT ALLE
AKTIONSWOCHE 2018
Landesarmutskonferenz
Baden-Württemberg · LAK-BW
TEILHABEN // TEILSEIN
Bildung, Arbeit, Wohnen sind Menschenrechte!

Aktionswoche Baden-Württemberg 2018
15. bis 21. Oktober 2018

Teilhaben // Teilsein

Bereits zum 15. Mal findet vom 15. bis 21. Oktober 2018 die landesweite Aktionswoche zum Thema „Armut bedroht Alle" statt. Obwohl laut Statistik in Baden-Württemberg das Armutsrisiko bundesweit am geringsten ist, gibt es auch hier Menschen, die aufgrund verschiedener Lebensumstände direkt oder indirekt von Armut bedroht bzw. bereits betroffen sind.

Daraus ergeben sich die unterschiedlichsten Schwierigkeiten – schnell stehen Kinder am Rand der Gesellschaft, wenn z. B. ein Schwimmbad- oder Kinobesuch nicht möglich ist. Erst Recht schwierig wird es, wenn es für Betroffene kein Zugang zu Notwendigkeiten wie Wohnen und/oder Arbeit möglich ist.

Die LIGA der Wohlfahrtsverbände in Baden-Baden (AWO, Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz und Paritätischer Wohlfahrtsverband) engagiert sich gemeinsam mit dem Fachbereich Bildung Soziales und Jugend, um das Thema **„Teilhabe // Teilsein. Bildung, Wohnen, Arbeit – ein Menschenrecht!"** *auch in unserer Stadt in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken.*

Karin Ihli,
Vorsitzende Liga Baden-Baden
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Baden-Baden e. V.

Weitere Informationen finden Sie unter
www.armut-bedroht-alle.de, www.liga-baden-baden.de

15. Oktober 2018

Auftaktveranstaltung

Sozialdienst Katholischer Frauen Baden-Baden e.V.
Caritasverband Baden-Baden e.V., Fachbereich Offene Dienste

Zum Auftakt der Veranstaltungswoche laden wir alle Interessierten zu einem kostenfreien Kinoabend ein. Am Montag, 15. Oktober 2018, zeigen wir Ihnen die Tragikomödie „Du bist nicht allein". Ein bewegender Film von Menschen auf der Suche nach dem Glück.

Ort Cineplex, Ortenaustraße 14, 76532 Baden-Baden
Beginn 20:00 Uhr; Eintritt frei.

24. September 2018 bis 19. Oktober 2018

Von Kindern – Für Kinder! Spielzeugsammelaktion

AWO Baden-Baden gGmbH
Kinderhaus Eulenspiegel / Le Petit Prince

Die Kinder des Kinderhaus Eulenspiegels und des Le Petit Prince sammeln Spielsachen, um sie in der Aktionswoche bedürftigen Kindern zu schenken. Spielzeugspenden nehmen wir gerne entgegen:

Kinderhaus Eulenspiegel, Balger Straße 17, Tel. 07221 507220
Dt.-frz. Kindergarten Le Petit Prince, Schwarzwaldstraße 101, Tel. 07221 801819

Ab dem 15. Oktober laufend

Schulprojekt: Lebenswirklichkeit von Menschen in Armut

Diakonisches Werk des evangelischen Kirchenbezirkes Baden-Baden und Rastatt
Caritasverband Baden-Baden e.V., Fachbereich Offene Dienste

Armut hat viele Gesichter! In einem Schulprojekt nehmen Mitarbeiterinnen von Caritas und Diakonie Schülerinnen und Schüler ab der 10. Klasse mit hinein in die Lebenswirklichkeit von Menschen, die vom Existenzminimum leben. Mit Impulsen und Erfahrungen aus der Praxis werden Jugendliche aufgefordert, sich mit einem gesellschaftlich bedeutenden Thema kritisch auseinanderzusetzen.

Das Projekt wird während der Aktionswoche in einer Kursstufe des Markgraf-Ludwig-Gymnasiums Baden-Baden und in der Louis-Lepoix-Schule durchgeführt. Schulen, die sich im Laufe des Schuljahres für dieses Angebot interessieren, wenden sich an das Diakonische Werk, Tel. 07221 3022762 oder 07221 3022763 sowie an den Caritasverband, Tel. 07221 9239456

17. Oktober 2018

Wohlfühltag für Frauen

Sozialdienst Katholischer Frauen e.V.

SkF

Armut kostet Kraft. Kleine Auszeit für Frauen, Mütter und Alleinerziehende. Sich verwöhnen lassen und Energie tanken für den oft anstrengenden Alltag mit Kindern und Familie. Angeboten werden Übungen zur Entspannung, Massagen, Kosmetik- und Farbberatung.

Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt. Bei Bedarf wird eine Kinderbetreuung angeboten.

Anmeldung unter Tel. 07221 30227930

Ort Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Hermannstraße 2, 76530 Baden-Baden
Dauer 09:00 bis 13:00 Uhr, kostenfrei

www.armut-bedroht-alle.de
www.liga-baden-baden.de

Aktionswoche Baden-Württemberg 2018

15. bis 21. Oktober 2018

www.armut-bedroht-alle.de
www.liga-baden-baden.de

19. Oktober 2018

ART BANKETT Slam Show „arMUT"

Caritasverband Baden-Baden e.V.,
Fachbereich Wohnungslosenhilfe

Mit Juston Bußе, Jan Cönig, Phriedrich Chiller
und Anne von Linstow

Ort Café Kunsthalle
Lichtentaler Allee 8a, 76530 Baden-Baden
Beginn 20:00 Uhr (Einlass um 19:00 Uhr)
Preis Erwachsene 10,- Euro; Kinder 5,- Euro

20. Oktober 2018

Ausflug ins Okidoki-Kinderland

AWO Baden-Baden gGmbH

Kinder im Sozialleistungsbezug, die dieses Jahr eingeschult werden, dürfen im Rahmen unserer Aktionswoche einen schönen Tag im Okidoki-Kinderland verbringen. Wir fahren gemeinsam mit dem Reisebus nach Bühl und verbringen einen Tag voller Spiel und Spaß, an den die Kinder sicherlich noch lange denken werden.

Kinder, die an diesem Ausflug teilnehmen wollen, melden sich bitte bei der AWO: Tel. 07221 361740 oder E-Mail: a.wiener@awo-baden-baden.de

Treffpunkt Busparkplatz Verfassungsplatz
Dauer 9:30 bis 15:00 Uhr
Preis kostenfrei

Grafische Gestaltung: www.kreativplus.com

AWO caritas PARITÄT Deutsches Rotes Kreuz Diakonie SkF BADEN BADEN